

Antragsbereich I / **Antrag I2**

AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern

I2: Sonne, Sommer, Sozialismus: Für eine sommerliche, solidarische und demokratische Gesellschaft

Antragsempfänger*innen:

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der

5

Jusos Bayern

10

Der Sommer ist die Zeit im Jahr, in der die Bäume
15 saftig grün sind, die Sonne scheint

den ganzen Tag, der Mensch sucht am nahen Gewässer
20 Schatten und Kühle um zu dösen und

die Vögel zwitschern bis spät in den Abend und Grillen
25 zirpen. So stellen wir uns

einen Sommertag vor.

30

35 Doch wie alles im Kapitalismus ist auch der Sommer
nicht gerecht verteilt. Was für

40 die einen ein entspannter Abend auf der Dachterasse
mit kühlendem Getränk ist, ist

45 für andere ein langer Tag in Betonwüsten am Rande
des Hitzschlags, was für die einen

50 Naherholung bedeutet, bedeutet für andere endloser
Stau im Heimatdorf, was für die

55 einen Sommerurlaub im Süden bedeutet, bedeutet
für andere nach den Ferien wieder

60 nichts erzählen zu können und nach jedem Sommer
kommt ein Winter, den die einen kaum

65 spüren und die anderen schon im Herbst frieren.

70

Wir wollen einen Sommer für alle, eine sommerlich,
solidarische und demokratische

75

Gesellschaft an der alle partizipieren. Wir wollen dem
Kapitalismus die Ressource

80

Sommer entziehen und den Sommer umverteilen.
Sommer - Sonne - Sozialismus!

85

90

1. 36 Grad und es wird noch heißer

95

Mit zunehmender Hitze, vor allem in dicht bebauten Städten, nimmt auch die Zahl der

100

Hitzetoten zu. Alleine in den Sommern 2018 bis 2020 starben in Deutschland etwa 20000

105

Menschen an Hitze - berechnet anhand der temperaturbedingten Übersterblichkeit. Vor

110

allem ältere Menschen sind betroffen. Dabei sind Hitzetote vermeidbar - bereits seit

115

2017 gibt es die acht Handlungsempfehlungen für Hitzeaktionspläne des

120

Umweltbundesamts. In Bayern sind bisher allerdings kaum Kommunen beteiligt. Es muss

125

ein Hitzeaktionsplan anhand dieser acht Empfehlungen auf Landesebene beschlossen

130

werden, den die Kommunen individuell anpassen können und bei deren Umsetzung sie von

135

der Landesebene unterstützt werden.

140

Dieser soll insbesondere die Nutzung eines Hitze-warnsystems, Information und

145

Kommunikation und besondere Beobachtung von Risikogruppen beinhalten. Einige

150

Arbeitnehmende sind durch ihren Beruf besonders gefährdet, Opfer von Hitze zu werden.

155

Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Menschen ausreichenden Arbeitsschutz

160

erfahren, der ab bestimmten Stufen greift und dessen Einhaltung kontrolliert wird.

165

Zusätzlich zu einem besseren Warn- und Schutzsystem müssen auch die Gesundheits- und

170

Sozialsysteme auf Hitzewellen vorbereitet werden. Zum Beispiel können damit

175

barrierefrei zugängliche, kühle Rückzugsorte geschaffen werden. Langfristig sind die

180

beste Prävention eine angepasste Stadtplanung und bauliche Änderungen mit mehr

185

Grünflächen und Flächenentsiegelung, denn je dichter eine Stadt bebaut und je stärker

190

der Boden einer Stadt versiegelt ist und je weniger Grün es in den Städten gibt, umso

195

schlechter kann sie auch nachts wieder auskühlen.

Hier soll auch geprüft werden

200

zunehmend ungenutzte Flächen zu begrünen, wie zum Beispiel Dachflächen von

205

Bushaltestellen. Gerade bei Neubauten soll die Möglichkeit von Fassadenbegrünung

210

verpflichtend geprüft werden, denn diese kann ein Aufheizen der Fassade massiv

215

verringern und so auch positive Effekte für den Innenraum schaffen und eine

220

Alternative zu Klimaanlage darstellen. Steingärten müssen landesweit verboten und

225

sollen durch Begrünung ersetzt werden. Auch die Luftqualität hat einen enormen Effekt

230

auf die Hitze in den Städten - stärkere Luftverschmutzung führt zu einem stärkeren

235

Aufheizen, deshalb ist auch die Verkehrswende ein wichtiger Teil der Hitzeprävention

240

in den Städten. Wo ein Auto parkt, könnte auch ein Baum wachsen.

245

Mit zunehmender Hitze ist auch die Versorgung mit
250 Trinkwasser umso wichtiger, denn

Dehydrierung ist eine der gefährlichsten Gesundheitsfolgen anhaltender Hitze. Nicht
255

allen Menschen ist ein Zugang zu Trinkwasser immer
260 und überall garantiert. Wir

fordern, dass Trinkwasser barrierefrei in allen Kommunen kostenlos zur Verfügung
265

steht. Absinkende Grundwasserspiegel und die damit
270 verbundene Gefährdung der

Wasserversorgung, sind inzwischen auch bei uns in
275 Oberbayern ein Problem. Mit dieser

wertvollen Ressource müssen wir deshalb schonen-
280 der umgehen - die Grundlage dafür ist

eine wirksame Bayerische Wasserstrategie. Dabei
285 setzen wir auf die ortsnahe

Wasserversorgung durch die Kommunen. Wir bekräf-
290 tigen daher unsere Forderung nach mehr

adäquaten Wasserschutzgebieten in Bayern mit
295 entsprechenden Kontrollsystemen. Die

Qualität von Trinkwasser muss durch entsprechende

300 Kontrollen sichergestellt und der

Eintrag von schädlichen Stoffen wie Stickstoff aus der
305 Landwirtschaft konsequent

reduziert werden. Wo immer Einträge entstehen oder
310 entstanden sind, sind die Kosten

der Aufbereitung des Wassers entsprechend dem
315 Verursacher*innenprinzip zu

organisieren - das heißt, dass Industrieunternehmen,
320 die Wasserverschmutzung

verursachen, für Aufbereitungskosten aufkommen.
325 Der Problematik Nutzwasser vs.

Trinkwasser wollen wir durch vermehrtes Wasserre-
330 cycling durch Förderung des Baus von

Regenwasserzisternen begegnen. Rigorosere Was-
335 sersparmaßnahmen lassen sich trotzdem

nicht vermeiden. Hier soll vor allem bei Industrie und
340 Landwirtschaft angesetzt

werden, da diese den größten Hebel darstellen. Dafür
345 soll ein Runder Tisch geschaffen

werden, um entsprechende Maßnahmen zu planen
350 und umzusetzen. Es müssen Pläne für die

Wasserwirtschaft entwickelt werden, die die Trink-
355 wasserversorgung schützen, regionale

Wasserversorgungsverbände sollen Engpässe aus-
360 gleichen helfen. Die überregionale

Zusammenarbeit bei der Wasserversorgung wollen
365 wir stärken, die Wasserinfrastruktur

der Kommunen muss modernisiert werden. Dafür
370 braucht es Förderprogramme des

Freistaats. Gleichzeitig darf die Trinkwasserversor-
375 gung nicht privatisiert werden -

wir lehnen den Ausverkauf von Trinkwasser an Inves-
380 toren ab.

Die Kommunen müssen in der kommunalen Entwick-
385 lungsplanung die Voraussetzung für den

Aufbau von Schwammstädten bzw. Schwammdör-
390 fern, in denen Niederschläge u.a. im Boden

gespeichert oder wiederverwendet werden können.
395 Wir wollen die Kreislaufwirtschaft

auch in der Wasserwirtschaft fördern, weitere Flä-
400 chenversiegelungen müssen stark

eingeschränkt werden. An unseren umfassenden
405 Beschlüssen zum Schutz der

Wasserversorgung halten wir fest.
410

Neben aller Prävention und Resilienz der Kommunen
gegen den Klimawandel, muss das
415

Hauptziel natürlich der Kampf gegen den Klimawan-
del bleiben. Wichtige Bausteine dafür
420

sind für uns der dezentrale Ausbau erneuerbarer
Energien, sowie die Verkehrswende
425

inklusive eines Verbots von Kurzstreckenflügen.
430

1. Den Sommer mit vollen Zügen genießen
435

Teil einer demokratisierten Gesellschaft ist, dass
jede*r am gesellschaftlichen Leben

440

teilnehmen kann - ohne auf ein bestimmtes Fortbe-
wegungsmittel angewiesen zu sein.

445

Gleichzeitig bedeutet das für uns, dass öffentliche
Räume allen offenstehen und von

450

allen genutzt werden können. Sie sollen Austausch
und Kontakt ermöglichen und

455

fördern.

460

Mit dem 49-Euro-Ticket ist ein Schritt zu besserem
465 öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV)

gemacht: Unübersichtliche Tarifstrukturen fallen weg,

470 der ÖPNV wird leichter nutzbar.

Gleichzeitig lohnt sich das Ticket für manche nicht -
475 und viele können es sich nicht

leisten. Wir wollen ein 0-Euro-Ticket für alle!
480

485 Dabei vergessen wir auch nicht die Perspektive der
Arbeiter*innen bei den

490 Verkehrsunternehmen. Viele werden für ihre Arbeit
nicht angemessen bezahlt. Das

495 betrifft u.a. die Zugbegleiter*innen, das Sicherheits-
und Servicepersonal sowie

500 Werkstätten. Der Staat muss Tariftreue zur Bedin-
gung seiner Zusammenarbeit mit

505 Verkehrsunternehmen machen, langfristig muss die
Deutsche Bahn zurück in die

510 öffentliche Hand.

515

Ein attraktiver ÖPNV sorgt auch dafür, dass Menschen
vom Auto in Bahn, Tram und Bus

520

umsteigen - auf dem Land und in der Stadt.

525 Besonders in Tourismusregionen ist das oft schwer,
der ÖPNV und der Regionalverkehr

530 sind nicht ausreichend ausgebaut.

Gerade in diesen Regionen kann dadurch aber nach-
535 haltiger Tourismus möglich werden.

Dazu müssen stillgelegte Bahnstrecken reaktiviert
540 sowie die Reaktivierung Kriterien

gesenkt werden, es braucht mehr Verbindungen und
545 mehr regionale Knotenpunkte, so dass

die Reisezeit kürzer wird. Vor Ort braucht es Förde-
550 rungen für Busse. Wenn das Angebot

ausgebaut ist, kann auch der Autoverkehr reduziert
555 werden und Parkflächen können

anders genutzt werden.
560

565 Auch in Städten braucht der ÖPNV noch Verbesse-
rungen - Verkehrsmittel müssen endlich

570 24 Stunden durchgängig fahren und Takte müssen
ausgebaut, nicht ausgedünnt werden. An

575 ÖPNV-Knotenpunkten außerhalb der Innenstädte
braucht es kostenfreie Park&Ride-

580 Anlagen, damit der Umstieg für Menschen, die auf
dem Land ein Auto brauchen,

585 unkompliziert ist.

590
Der ÖPNV muss für alle barrierefrei sein, egal, ob
Menschen im Rollstuhl oder mit

595
einem Kinderwagen mitfahren. Aktuell ist in Zügen
für Kinderwagen oft kein Platz, im

600
Regionalverkehr müssen sich Personen mit Behinde-
rung vor einer Fahrt anmelden.

605

Fahrradanhänger an Bussen oder Wagen sorgen für mehr Platz im Fahrgastbereich - und

610

für mehr Platz für Kinderwagen und Rollstuhlfahrer*innen. Auch braucht es

615

Orientierungspunkte für Blinde Personen an den Zügen und Bussen.

620

Mit diesen Verbesserungen kann in den Städten der öffentliche Raum mehr sein als

625

Straße und Parkplatz. Wir wollen Städte zu Naherholungsgebieten machen und dazu Parks

630

und Grünzüge fördern und schützen. Dabei müssen diese Orte auch für alle Menschen

635

zugänglich und für die Freizeit nutzbar sein. Gleichzeitig braucht es mehr

640

öffentlichen Raum ohne Konsumzwang und einen
Ausbau der Stadtarchitektur, z.B. mit

645

Bänken, Trinkbrunnen und öffentlichen Toiletten.

650

1. **Allen ein Platz an der Sonne**

655

Sommerzeit ist Ferienzeit - für viele Arbeitnehmer*innen
und Familien ist das die

660

Zeit der Erholung und Freizeit.

665

Kinder aus ärmeren Familien sind davon jedoch
häufig ausgeschlossen, ihnen bleibt ein

670

Sommerurlaub oft verwehrt. Gleichzeitig fallen mit
675 geschlossenen Schulen und

Kindergärten wichtige Lebens- und Erlebnisräume
680 über Wochen weg. Wir wollen, dass

alle Kinder die Möglichkeit bekommen, ihre freie Zeit
685 im Sommer zu genießen. Dazu

braucht es Förderungen für ärmere Familien, damit
690 Urlaube möglich sind. Angebote für

Ferienfreizeiten müssen umfassend finanziert wer-
695 den, sodass zusätzliche Beiträge

entfallen können. Für jedes Kind muss es unabhängig
700 vom Einkommen der Eltern möglich

sein, Sommerferien zu verbringen, von denen es
705 erzählen kann. Bereits vorhandene

710 Unterstützungen für den Aufenthalt in gemeinnützigen Familienferienstätten müssen so

715 ausgeweitet werden, dass nicht nur die Unterbringungskosten gefördert oder

720 bezuschusst werden, sondern auch Ausflüge möglich sind und die Kosten auch dafür

725 übernommen werden. Die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Begleiter*innen müssen

730 wenigstens nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt werden.

735 Auch ist klar: Viele Menschen müssen in Ferienzeiten arbeiten, um ihre Familie

740 versorgen zu können. Beste Garantie für Freizeit von der Arbeit sind deshalb

745

750

755

760

765

770

775

780

785

790

795

800

805

810

815

820

825

830

835

840

845

850

855

860

865

870

875

880

885

890

895

900

905

910

915

920

